

Unterrichtung

Hannover, den 10.09.2026

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Beschlüsse zu Eingaben im 36. Tagungsabschnitt

Der Landtag hat folgende Beschlüsse zu Eingaben gefasst:

1. Zu Gesetzen:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/9621

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ausschusses für Wissenschaft und Kultur -
Drs. 19/11480

01828/05/19, Gesetzentwurf zur Änderung des Nds. Hochschulgesetzes:

Die Eingabe wird für erledigt erklärt.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/9622

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 19/11481

01997/02/19, Direktwahl ehrenamtlicher Bürgermeister in den Mitgliedsgemeinden niedersächsischer Samtgemeinden (§ 105 Nds. Kommunalverfassungsgesetz - NKomVG):

Die Eingabe wird für erledigt erklärt.

2. Zu Anträgen:

Entfällt

3. Zur 31. Eingabenübersicht:

Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses - Drs. 19/11440

Petitionsausschuss

56. Sitzung am 26.08.2026

1. 01640/11/19 Breitbandversorgung; Anpassung der Förderrichtlinie:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen.

Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

2. **01644/11/19** Justizvollzug; Beschwerde über das Verhalten von Bediensteten:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen.
Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
3. **01680/11/19** Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldG); Aufnahme des Begriffes „Assistenzhunde“:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen.
Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
4. **01493/11/19** Überprüfung einer beabsichtigten bauaufsichtlichen Nutzungsuntersagung im Landkreis Aurich; hier: Vermietung als Ferienwohnungen:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
5. **01506/11/19** a) Wahrnehmung der Fachaufsicht durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) gegenüber der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH),
b) Umgang des MWK mit Beschwerden,
c) Fortsetzung der Behandlung an der MHH,
d) Erarbeitung verbindlicher Leitlinien für Hochschulkliniken,
e) Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung gegenüber der Zahnärztekammer:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
6. **01526/11/19** Justizvollzug; Beschwerde über die Haftsituation:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
7. **01543/11/19** Kürzung von Entschädigungen für Abgeordnete in deutschen Parlamenten:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
8. **01547/11/19** Heranziehung zur Übernahme von Bestattungskosten:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
9. **01548/11/19** Fortführung der Arbeit als Leiterin einer Grundschule:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
10. **01548/11/19-001** Fortführung der Arbeit als Leiterin einer Grundschule:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
11. **01566/11/19** Kürzung der Besoldung und fortgesetzte Pfändungsmaßnahmen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
12. **01569/11/19** Brieflaufzeiten der Finanzverwaltung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
13. **01571/11/19** Einführung des TI-Messengers (TIM) für alle ärztlichen Einrichtungen und Bereitstellung von Patientenportalen:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
14. **01582/11/19** Familienheimfahrten:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
15. **01584/11/19** Gewährung der pauschalen Beihilfe außerhalb der gesetzlichen Ausschlussfrist:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

16. **01586/11/19** Bearbeitung eines Antrags auf Überprüfung der Kosten der Unterkunft durch das Jobcenter Region Hannover:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
17. **01588/11/19** Beschwerde über das Verhalten des Sozialamtes des Landkreises Göttingen im Zusammenhang mit der Vermietung von Wohnraum für Geflüchtete in Bad Lauterberg:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
18. **01590/11/19** Arbeitsweise der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der Ärztekammer Niedersachsen (ÄKN):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
19. **01592/11/19** Bearbeitung einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Mitarbeiter des Veterinäramtes des Landkreises Cloppenburg:
Die Einsender sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
20. **01593/11/19** Erhalt und Weiterentwicklung legaler Mountainbike-Angebote im Deister:
Die Einsender sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
21. **01593/11/19-001** Erhalt und Weiterentwicklung legaler Mountainbike-Angebote im Deister:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
22. **01600/11/19** Einführung eines kostenlosen Deutschlandtickets für Teilnehmende am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
23. **01603/11/19** Krankheitsbedingte Barrieren bei der Wahrnehmung von Grundrechten:
Der Petent ist in Hinblick auf das die Beantragung von Sozialleistungen bei der Landeshauptstadt Hannover über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Der Landtag hat darüber hinaus aufgrund fehlender Zuständigkeit keine Möglichkeit, Änderungen an den maßgeblichen Sozialgesetzbüchern vorzunehmen und damit möglicherweise weitere Hilfestellungen für Personen bei der Antragstellung zu schaffen. Eine entsprechende Petition könnte vom Petenten beim Petitionsausschuss des Bundestages eingereicht werden.
24. **01604/11/19** Voraussetzungen für den Zugang zu heilpädagogischen Bachelor-Studiengängen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
25. **01607/11/19** Verwaltungsentlastung an Schulen im Zusammenhang mit der Ausstellung von Schülerausweisen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
26. **01615/11/19** Reform des Grundschulunterrichts in Niedersachsen und Überprüfung der geplanten Änderungen des Kerncurriculum Mathematik:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
27. **01618/11/19** Transparenz hinsichtlich der Kostenentwicklung einer Baumaßnahme (hier: Baumaßnahme an der B 83 im Bereich der Gemeinde Hehlen / Landkreis Holzminden)
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
28. **01621/11/19** Bearbeitung einer Strafanzeige durch die Staatsanwaltschaft Braunschweig:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

29. **01623/11/19** Überprüfung eines strafrechtlichen Ermittlungs- und Gerichtsverfahrens:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
30. **01626/11/19** Beschwerde über die Arbeitsweise des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Niedersachsen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
31. **01636/11/19** Beeinträchtigung der Nachbarschaft durch einen gastronomischen Betrieb im Bereich der Stadt Osnabrück:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
32. **01643/11/19** Änderung der Nds. Gnadenordnung:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
33. **01645/11/19** Aufenthaltsrecht für eine georgische Staatsangehörige und ihren minderjährigen Sohn:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
34. **01646/11/19** Bitte um eigene Abschiebung eines syrischen Staatsangehörigen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
35. **01653/11/19** a) Überprüfung eines Vorfalls innerhalb des Physikunterrichts,
b) Aufbewahrungsfristen sowie Melde- und Dokumentationspflichten
c) Wahrnehmung der Schulaufsicht:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
36. **01656/11/19** Ausgestaltung und Wahrnehmung der Apothekenaufsicht:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
37. **01657/11/19** Transparenz und Wirtschaftlichkeit bei der Beschaffung von batterieelektrischen Zügen (BEMU) des Regionalverbandes Großraum Braunschweig:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
38. **01661/11/19** Komitee zur Dekolonialisierung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
39. **01666/11/19** Erhöhung der amtsunabhängigen Mindestversorgung um einen festen Sockelbetrag:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
40. **01668/11/19** Verhalten des Finanzamtes Braunschweig-Helmstedt und des Finanzamtes für Fahndung und Strafsachen Braunschweig:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
41. **01669/11/19** Arbeitsweise des Landkreises Hameln-Pyrmont in einer Angelegenheit der Kinder- und Jugendhilfe:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
42. **01670/11/19** Einheitliche Einstufung von Cannabis Social Clubs (CSC) in der Nds. Bauordnung (NBauO):
Die Einsender sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
43. **01672/11/19** Herabsetzung des GdB durch das Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

44. **01675/11/19** Sozialer Ausgleich bei Restmüllgebühren für Familien und Pflegebedürftige:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
45. **01677/11/19** Justizvollzug:
a) Resozialisierung
b) Entlassungsvorbereitung
c) Arbeit / Schulung
d) Belegung innerhalb einer Abteilung
e) medizinische / psychologische Versorgung
f) Aufschlusszeiten
g) Zustellung der Privatpost
h) Umfang der Sanktionen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
46. **01687/11/19** Einstufung bestimmter Hunde(rassen) als „gefährliche Hunde“ durch Kommunen:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
47. **01696/11/19** Aufforderung des Landtages an die Landesregierung zu einem Antrag beim Bundesverfassungsgericht gegen Björn Höcke nach Art. 18 GG:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
48. **01698/11/19** Schaffung eines Deutschland Sozialtickets:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
49. **01699/11/19** Verbot des Verkaufs von Druckluft- und CO2-Waffen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
50. **01705/11/19** Anpassung der Verordnung über die Rattenbekämpfung im Lande Niedersachsen (RattbekVO):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
51. **01706/11/19** Rücknahme einer Einbürgerung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
52. **01708/11/19** Verwaltungshandeln des Jobcenters Bramsche:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
53. **01714/11/19** Justizvollzug: Beschwerde über die verspätete Nachsendung von privaten Sachen bei der Verlegung in eine andere Anstalt:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
54. **01717/11/19** Transparenz und Verlässlichkeit digitaler Kommunikationswege in niedersächsischen Behörden:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
55. **01721/11/19** Umgang mit Grabmälern nach Auflösung von Grabstätten:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
56. **01725/11/19** priorisierte Bearbeitung von Führerscheinanträgen für Antragsteller aus dem Rettungswesen:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

57. **01726/11/19** Zwangseinweisung in ein psychiatrisches Fachkrankenhaus:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
58. **01728/11/19** Einführung einer Ausfall- und Kurzfristigkeitsentschädigung bei Dienstplanänderungen nach der Niedersächsischen Erschwerniszulagenverordnung (NEZu-IVO):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
59. **01733/11/19** Aufenthaltsrecht für eine kolumbianische Familie:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
60. **01737/11/19** Gewaltfreie Kommunikation an Schulen:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
61. **01738/11/19** Beschwerde über das Verhalten von Mitarbeitern der Ausländerbehörde der Stadt Göttingen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
62. **01741/11/19** Grundsicherung;
a) absetzbare Beträge vom Einkommen,
b) angemessene Kosten der Unterkunft:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
63. **01759/11/19** Vorwurf wiederholter körperlicher und verbaler Übergriffe an einer Grundschule:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
64. **01760/11/19** Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über die Ärztekammer (ÄKN) durch das Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
65. **01761/11/19** Beihilfeangelegenheit; Berücksichtigung von Aufwendungen für GLP-1-Rezeptor-Agonisten:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
66. **01766/11/19** Justizvollzug:
Beschwerde über verschiedene Punkte zur Sicherungsverwahrung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
67. **01767/11/19** Anregung für Wechsel-Akkus an die Volkswagen AG:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
68. **01773/11/19** Verwaltungshandeln des Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes Hannover (GUVH) und der Landesunfallkasse Niedersachsen (LUKN) im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung für Kinder in Kindertageseinrichtungen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
69. **01774/11/19** Anregungen zur Reform des Rundfunkbeitrages:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
70. **01775/11/19** Abschaffung der Zeitumstellung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

71. **01784/11/19** Beschwerde über das Verhalten von Mitarbeitern der Nds. Landesmedienanstalt:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
72. **01792/11/19** Beschwerde über ein Verwaltungsverfahren zur Neuerteilung einer Fahrerlaubnis bei der Landeshauptstadt Hannover:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
73. **01793/11/19** Justizvollzug:
a) Behandlung von Anträgen und Anfragen,
b) Unterbringung von Drogenkonsumenten,
c) Zeitgerechtes Erstellen von Vollzugsplänen,
d) Lockerungen (offener Vollzug):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
74. **01802/11/19** Beschwerde gegen das Amtsgericht Wennigsen und die Staatsanwaltschaft Hannover:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
75. **01807/11/19** Ausweitung der Erdgasförderung und Nutzung von Erdgasfeldern:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
76. **01812/11/19** a) Beschwerde über das Verhalten des Amtsgerichtes Winsen (Luhe) u.a. bezüglich der Verfahrensgestaltung und der Kostenentscheidung
b) Beschwerde über die Bearbeitung einer diesbezüglichen Dienstaufsichtsbeschwerde durch das Nds. Justizministerium:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
77. **01817/11/19** Beschwerde in einem Kinder- und Jugendhilfverfahren gegen den Landkreis Hildesheim:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
78. **01823/11/19** Beschwerde über das Verhalten der Stadt Hameln im Zusammenhang mit einem Einbürgerungsverfahren:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
79. **01827/11/19** Höhe der Gebühr für die Ausstellung / Verlängerung von Parkausweisen durch die Stadt Emden:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
80. **01835/11/19** Schutz von Kindern, Schwangeren und Nichtraucher vor Passivrauch:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
81. **01856/11/19** Geschwindigkeitsreduzierung und -kontrollen auf der Wesuweer Hauptstraße in Haren, Ortsteil Wesuwe:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
82. **01861/11/19** Verhalten und Aufgabenwahrnehmung durch das Diakonische Werk Hannover als freier Träger im schulischen Ganztagsbetrieb:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
83. **01862/11/19** Gemeinnützigkeit eines Vereins:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

84. **01884/11/19** Stärkung des Schutzes von Journalistinnen und Journalisten und Überprüfung des strafrechtlichen Amtsträgerschutzes:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
85. **01897/11/19** Beschwerde über das Verhalten der NBank im Zusammenhang mit dem Umgang mit personenbezogenen Daten:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
86. **01875/11/19** Personaldaten im Führerschein, hier: Eintrag des Namens unter Verwendung des lateinischen Buchstabens Ł:
Die Eingabe wird für erledigt erklärt, weil dem Anliegen des Einsenders entsprochen worden ist.
87. **01720/11/19** Ausstellung einer Wertmarke für die unentgeltliche Beförderung im ÖPNV durch das Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie:
Dem Anliegen des Petenten ist teilweise entsprochen worden (Ausstellung der Wertmarke). Zudem ist der Petent hinsichtlich des geschilderten Sachverhaltes über die Abläufe innerhalb der Verwaltung über die Sach- und Rechtslage zu informieren. Sollte der Petent außerdem das staatsanwaltliche Verfahren hinsichtlich des Verbleibes seines Einschreibens rügen, obliegt es dem Landtag ausdrücklich nicht, hier einzugreifen. Daher sieht er keine Möglichkeit, sich für dieses Anliegen zu verwenden.
88. **01616/11/19** Streichung der "Psychiatriezulage" für Ruhestandsbeamte:
Die Eingabe wird für erledigt erklärt, weil dem Anliegen des Einsenders entsprochen worden ist. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
89. **01702/11/19** Ausbildung von Fahrlehrern zu Fahrerlaubnisprüfern:
Die Eingabe wird für erledigt erklärt, weil dem Anliegen des Einsenders entsprochen worden ist. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
90. **01762/11/19** Bearbeitung eines Rentenantrags durch die Deutsche Rentenversicherung Oldenburg-Bremen:
Die Eingabe wird für erledigt erklärt, weil dem Anliegen des Einsenders entsprochen worden ist. Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Hinsichtlich der Verfahrensabläufe bei der Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen wird die Eingabe der Landesregierung als Material überwiesen.
91. **01790/11/19** Deutschlandticket Azubi Niedersachsen; Anerkennung für die Ausbildung zur Psychotherapeutin / zum Psychotherapeuten:
Die Eingabe wird für erledigt erklärt, weil dem Anliegen des Einsenders entsprochen worden ist. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
92. **01639/11/19** Nutzung von Gebäuden zum allgemeinen Wohnen im Bereich der Stadt Celle:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.
93. **01663/11/19** Bitte um Unterstützung bei der Anerkennung von Mehrarbeitsstunden durch das Land Niedersachsen:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden.

94. **01610/11/19** Zustand der Bundesautobahn A29 zwischen Ahlhorner Heide (BAB1) und Oldenburg:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
95. **01664/11/19** Familiennachzug von Familienangehörigen aus Syrien:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
96. **01795/11/19** Beschwerde gegen das Jugendamt der Stadt Braunschweig:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsender zu verwenden. Im Übrigen sind die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
97. **01796/11/19** Aufenthaltsrecht für eine afghanische Familie bzw. Möglichkeit der Wiedereinreise nach Deutschland:
Hinsichtlich des gerügten Verhaltens der Ausländerbehörde ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Bezüglich der Wiedereinreise ins Bundesgebiet sieht der Niedersächsische Landtag keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden, da hier eine Bundeszuständigkeit vorliegt.
98. **01565/11/19** Überprüfung einer familiengerichtlichen Entscheidung in einer Sorgerechts-sache:
Der Landtag sieht, soweit gerichtliche Entscheidungen beanstandet werden, keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden, da derartige Entscheidungen aus verfassungsrechtlichen Gründen einer Überprüfung durch das Parlament entzogen sind. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
99. **01648/11/19** a) Vorwurf der Untätigkeit gegenüber Behörden und Gerichten,
b) Regelungen zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes:
Der Landtag sieht, soweit gerichtliche Entscheidungen beanstandet werden, keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsender zu verwenden, da derartige Entscheidungen aus verfassungsrechtlichen Gründen einer Überprüfung durch das Parlament entzogen sind. Im Übrigen sind die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
100. **01729/11/19** Überprüfung eines Zwangsvollstreckungsverfahrens und Zurverfügungstellung einer barrierefreien Wohnung:
Der Landtag sieht, soweit gerichtliche Entscheidungen beanstandet werden, keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsender zu verwenden, da derartige Entscheidungen aus verfassungsrechtlichen Gründen einer Überprüfung durch das Parlament entzogen sind. Im Übrigen sind die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

101. **01477/11/19** verschiedene Anliegen:
- a) Forderung nach Ausgleich von Schäden durch Aktivitäten der Bundeswehr
 - b) Berechnung der Grundsteuer durch die Gemeinde Wietzendorf
 - c) Hausfriedensbruch mit Schadenersatzforderung
 - d) Melderecht
 - e) Verpachtung privater Flächen
 - f) Erteilung einer Baugenehmigung
 - g) Nutzung eines Trading-Kontos zugunsten eines minderjährigen Dritten
 - h) Einweisung eines Dritten in ein Pflegeheim
 - i) Glasbruch und weitere Beschädigungen an einem gewerblichen Gewächshaus usw. :
- Der Landtag hat die nicht näher begründeten Anregungen und Wünsche des Einsenders, die nicht auf eigenes Handeln zielen, sondern ein Verwaltungshandeln im Bereich diverser Niedersächsischer Kommunen anstreben, zur Kenntnis genommen. Er weist auf die Möglichkeiten hin, diese Wünsche in den dafür vorgesehenen Verfahren und gegenüber den zuständigen Stellen vor Ort geltend machen zu können. Darüber hinaus sieht der Landtag keinen Anlass, sich für die Anliegen des Petenten zu verwenden.
102. **01517/11/19** Zuschriften zu verschiedenen Themen:
- a) Reaktivierung der Allertalbahn
 - b) Sanierung einer Schleuse in Celle
 - c) Ausweisung von Naturmonumenten
 - d) Gründung einer Schlösser- und Parkverwaltung
 - e) Ausweitung des S-Bahn-Netzes im Bereich der Region Hannover
 - f) Übertragung von Kirchen in eine Landesstiftung
 - g) Evangeliar Heinrichs des Löwen: Aufnahme als UNESCO Weltdokumentenerbe
 - h) Denkmalschutz
 - i) Gedenkstätte Napola am Steinhuder Meer
 - k) Aufnahme von Bauwerken der Weserrenaissance ins Welt-Kulturerbe:
- Der Landtag hat die nicht näher begründeten Anregungen und Wünsche des Einsenders, die nicht auf eigenes Handeln zielen, sondern ein Verwaltungshandeln im Bereich diverser Niedersächsischer Kommunen anstreben, zur Kenntnis genommen. Er weist auf die Möglichkeiten hin, diese Wünsche in den dafür vorgesehenen Verfahren und gegenüber den zuständigen Stellen vor Ort geltend machen zu können. Darüber hinaus sieht der Landtag keinen Anlass, sich für die Anliegen des Petenten zu verwenden.
103. **01608/11/19** Beschwerde über das Verhalten von Beamten der Polizeiinspektion Goslar sowie über die Bearbeitung der diesbezüglich erhobenen Dienstaufsichtsbeschwerde:
- Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

104. **01620/11/19** Zuschriften zu verschiedenen Themen:

- a) Sanierung der Sakristei Hülsede
- b) Bau eines dritten (Bahn-)Gleises zwischen Weetzen und Hameln
- c) Reaktivierung der Bahnlinie Rinteln-Extertal
- d) S-Bahn-Netz in Osnabrück
- e) Ausweisung nationaler Geotope
- f) Errichtung einer Gedenkstätte in Wunstorf
- g) Ausweisung von UNESCO Biosphärenreservaten
- h) Einrichtung von Wasserschutzgebieten
- i) UNESCO Welterbe für bestimmte Gebäude
- k) Erhalt von Bädern und Thermen
- l) Bildung einer Region Weserbergland :

Der Landtag hat die nicht näher begründeten Anregungen und Wünsche des Einsenders, die nicht auf eigenes Handeln zielen, sondern ein Verwaltungshandeln im Bereich diverser Niedersächsischer Kommunen anstreben, zur Kenntnis genommen. Er weist auf die Möglichkeiten hin, diese Wünsche in den dafür vorgesehenen Verfahren und gegenüber den zuständigen Stellen vor Ort geltend machen zu können. Darüber hinaus sieht der Landtag keinen Anlass, sich für die Anliegen des Petenten zu verwenden.

105. **01681/11/19** Zuschriften zu verschiedenen Themen:

- a) Gedenkstätte zur Reichsbauernstadt Goslar
 - b) Gedenkstätte zur Harzburger Front
 - c) Denkmalschutz für den Bahnhof Bad Nenndorf
 - d) Elektrifizierung der Inselbahn Langeoog
 - e) Gedenkstätte zum Reichsforstamt in Braunschweig
 - f) Reaktivierung der Bahn nach Clausthal-Zellerfeld
 - g) Aufnahme von Aufzeichnungen zu den Nürnberger Prozessen in das UNESCO-Welt-dokumentenerbe
 - h) Zahnradbahn über den Deister
 - i) Auszeichnung des Schaumburger Landes mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel
 - j) Verbleib der Manufaktur Fürstenberg im Landesbesitz
 - k) Beteiligung an den Glaswerken der Ardagh Group und der Glashütte Rinteln
 - l) FFH-Gebiet Deister-Süntel
 - m) Erweiterung des Regio-S-Bahn-Netzes Bremen/Niedersachsen
 - n) Bodendenkmäler in Hülsede, Pohle und Messenkamp
 - o) UNESCO-Welterbe Herrenhäuser Gärten und Anzeiger-Hochhaus
- und weitere Forderungen:

Der Landtag hat die nicht näher begründeten Anregungen und Wünsche des Einsenders, die nicht auf eigenes Handeln zielen, sondern ein Verwaltungshandeln im Bereich diverser Niedersächsischer Kommunen anstreben, zur Kenntnis genommen. Er weist auf die Möglichkeiten hin, diese Wünsche in den dafür vorgesehenen Verfahren und gegenüber den zuständigen Stellen vor Ort geltend machen zu können. Darüber hinaus sieht der Landtag keinen Anlass, sich für die Anliegen des Petenten zu verwenden.

106. **01770/11/19** a) Finanzielle Absicherung bei Erwerbsminderung für Studenten und Schüler,

- b) Weiter- und Fortbildungen bei Erwerbsminderung,
- c) Verankerung von Leben, Kunst und Sport im Grundgesetz,
- d) Anerkennung des Willens als Rechtsgut,
- e) Schutzgüter des Artikel 20a Grundgesetz,
- f) Stärkung der Wertegemeinschaft im Grundgesetz,
- g) Vorantreiben eines europäischen Einigungsprozesses:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

107. **01874/11/19** Erlass von Richtlinien zur Behandlung der an den Landtag gerichteten Eingaben:
- Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden.
108. **01993/11/19** verschiedene Anliegen:
- a) Einrichtung einer Geschwindigkeitsmessstelle vor dem „Südsee-Camp“ im Bereich der Gemeinde Wietzendorf
 - b) Aufstellen von Warnschilder zum Schießbetrieb / Schießlärm im Bereich der Gemeinde Wietzendorf
 - c) Kritik am „Tag der Bundeswehr“ in Munster
 - d) Kritik an der Planung eines Radweges entlang der K11 im Bereich der Gemeinde Wietzendorf:
- Der Landtag hat die nicht näher begründeten Anregungen und Wünsche des Einsenders, die nicht auf eigenes Handeln zielen, sondern ein Verwaltungshandeln im Bereich diverser Niedersächsischer Kommunen anstreben, zur Kenntnis genommen. Er weist auf die Möglichkeiten hin, diese Wünsche in den dafür vorgesehenen Verfahren und gegenüber den zuständigen Stellen vor Ort geltend machen zu können. Darüber hinaus sieht der Landtag keinen Anlass, sich für die Anliegen des Petenten zu verwenden.
109. **01709/11/19** Vorwurf der Verletzung der UN-Behindertenrechtskonvention gegen den Landkreis Stade:
- Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums dem Einsender übersandt werden.
110. **01752/11/19** Fehlende richterliche Unterschrift auf einem Urteil:
- Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums dem Einsender übersandt werden.
111. **01772/11/19** Höchstgrenze beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen und Erwerbseinkommen:
- Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums dem Einsender übersandt werden.